

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 126 (2000)
Heft: 3

Artikel: Bundespolitik I : ein Plädoyer für die Volkswahl des Bundesrates : es bleibt alles beim Alten oder vielleicht auch nicht

Autor: Demuth, Gusti

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-596217>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Plädoyer für die Volkswahl des Bundesrates

Es bleibt alles beim Alten oder vielleicht auch nicht

GUSTI DEMUTH

M LETZTEN JAHRHUNDERT, selbst noch an dessen Ende, pflegten die Schweizer einen seltsam antiquiert anmutenden politischen Stil. Schlimmer noch, sie unterzogen sich freiwillig absolut untauglichen Abstimmungs- und Wahlvorschriften, -über-einkünften und -verfahren. So überliessen sie, wie im letzten Jahr des letzten Jahrhunderts geschehen, die Wahl der Bundesratsmitglieder, immerhin der Regierung des Landes, den Parlamentarierinnen und Parlamentariern des National- und Ständerates, welche zusammengekommen die sogenannte Vereinigte Bundesversammlung bildeten. Diese wählte damals, wie den Geschichtswerken des 20. Jahrhunderts zu entnehmen ist, die gleichen Bundesrätinnen und Bundesräte, die zuvor schon im Amt waren. Gegenüber früher hatte sich also nichts geändert.

Konkurrenz unter den Medien

Jetzt halten jene das Heft in der Hand, welche sich täglich von Berufes wegen mit Heften und ähnlichen Dingen eingehend befassen, die Angehörigen der Redaktionen nämlich. Die neuen Bundesrätinnen und Bundesräte werden ab dem Jahre 0 der neuen Zeitrechnung von ihnen bestimmt. Die Angelegenheit ist aufgegliest, bereits steht eine Task force (in der Vorzeit operierten die Politiker mit Arbeitsgruppen) aus den Reihen der neu gegründeten Institution «Vereinigte Schweizer Redaktionen VSR» kurz vor dem Abschluss der bereinigten Wahlliste. In die Landesregierung wird aller Voraussicht nach je ein Redaktionsmitglied der «Tribune» (Suisse romande), des «Mattino» (Swizzera italiana), der «Neuen Zürcher Zeitung» (Deutschschweizer Gnomen), des «Blick» (Deutschschweizer Lesechwäche), «Meyers Modeblatt» (Deutschschweizer Hausfrauen), des Schweizer Fernsehens DRS (Deutschschweizer Analphabeten) sowie des «Nebelspalter»

(Deutschschweizer Sonnengemüter) entsandt. Nicht endgültig geklärt ist derzeit nur noch die Frage, ob allenfalls als Vertreterin der Frauenanliegen besser eine «Annabelle»-Redaktörin portiert werden soll. Erst kürzlich ist bekannt geworden, dass es im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts ein «Anne-liese»-Redaktor immerhin zum National- und zum Regierungsrat gebracht hat.

Der Ausgang der Bundesratswahl ist somit absolut eindeutig, spätestens nach der Klärung der «Modeblatt/Annabel-

le»-Frage, welche in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Trotzdem wird die Wahl von zum Teil hässlichen Nebengeräuschen, sprich Spekulationen aus den gelichteten Reihen der traditionellen Parteien CVP, SP, FDP und SVP begleitet. Einzelne Redaktionen würden das Ergebnis der Task force hinterreiben, heisst es. So beabsichtige die NZZ-Redaktion allen Ernstes, den Nebelspalter-Vorsteher zu Gunsten des «Schweizer Sexanzeigers» ins Leere laufen zu lassen und das Schweizer Fernsehen liebäugle mit einer Vertretung des «Obwaldner Wochenblatt» an Stell jener des «Blick». Ein SVP-Parlamentarier versteigt sich sogar zur Behauptung, in Tat und Wahrheit hätten am Schluss nicht die Vereinigten Schweizer Redaktionen VSR das Sagen, sondern allein die Zürcher «WOZ». Und während der CVP-Boss im angekündigten Konzept unmittelbar keine Mitte erkennen kann, lässt der FDP-Präsident verlauten, hier sei keine Formel enthalten, sondern bloss

fauler Zauber beziehungsweise Schwachsinn. Trotzdem: Es bleibt alles beim beabsichtigten Alten.

nächste Amtsperiode hecken die Modalitäten aus.

Was macht das Volk

Die Frage lautet nur: Wie lange? Denn im Hintergrund lauert das Volk. Die schon im letzten Jahrhundert im politischen Untergrund gewühlte habende Aktion der unverblümten Nationalisten der Schweiz (AUNS) hat bereits ihren verlängerten Arm beauftragt, das Volk bei seinem Ehre zu packen. So ist die SVP schon im Begriffe, dem Volk darzulegen, dass es schon immer hintergangen und zum Statistument degradiert worden sei und dies im alten Stil weitergehen werde, wenn es nun nicht selber auf die Barrakaden steige, die alten Zauberformeln als faulen Zauber entlarve und seine eigene Regierung auch eigenhändig bestimme. Ein sogenanntes Volksbegehren ist lanciert und örtliche Komitees zur Vorbereitung des Volkswahl des Bundesrates für die

nächste Amtsperiode hecken die Modalitäten aus.

Die vielversprechendsten Grundlagenpapiere sind in diesen Tagen der Parteileitung vorgelegt worden. Geistreiche Spitzenvertreter treten im ganzen Land an organisierten Informationsveranstaltungen auf, verteilen kistenweise Stumpen und diskutieren mit dem Volk die eingegangenen Vorschläge und nehmen neue entgegen. Das Volk füllt überall die Säli der Restaurants und erhebt seine Ansprüche bezüglich Anforderungsprofil und Herkunft der künftigen Volksbundesräte. Bis jetzt zeichnet sich dabei klar ab, dass das Volk nicht mehr von Parteien und Fraktionen vorgeschlagene Kandidaten schlucken will. Vielmehr will es sich direkt in der Regierung vertreten wissen. Die Mitglieder des eidgenössischen Hornuserverbandes zum Beispiel verlangen die Abkehr vom Denken, dass unbedingt Zürcher, Tessiner oder Welsche im Bundesrat vertreten sein müssen. Solche Kandidaten würden sie dann schon abtue und durch schlagkräftige eigene ersetzen, lassen sie verlaufen. Seitens der Familiengärtnerinnen und -gärtner wird erwartet, dass endlich auch die Kohlköpfe auf höchster Regierungsebene Einsatz zu nehmen hätten. Ihrem Anspruch angemeldet haben überdies die Börsianer, die Kindergärtnerinnen, die Luchsgegner, die Kampfhundezüchter, die Carchauffeure, die Wagner und Küfer sowie die Konditoren und Coiffeure. Die schweigende Mehrheit gedenkt ebenfalls Regierungsverantwortung zu übernehmen, wie ihre Anführer überall lautstark verkünden. Es zeichnet sich jedenfalls mit aller Deutlichkeit ab, dass schon bald das Volk selber regieren wird.

Die grosse Frage

Man geht davon aus, dass auf dem Stimmzettel, mit dem über das Volksbegehren abzustimmen ist, die Frage steht: «Wollt Ihr die Volkswahl des Bundesrates annehmen?» Wenn das Begehr, was anzunehmen ist, Zustimmung findet, dann bleibt dem dannzumal noch amtierenden Bundesrat gar nichts mehr anderes übrig, als das Volk zu wählen.

